

Vorstoss Geduldete Ausländer sollen Katalog von Kriterien erfüllen müssen

# Bleiberecht - Hamburg stellt Bedingungen

**Udo Nagel will sich bei Innenministerkonferenz dafür einsetzen, dass gut integrierte Ausländer, die acht Jahre hier sind, bleiben können.**

Von Jens Meyer-Wellmann

Hamburg will sich bei der Innenministerkonferenz in der kommenden Woche dafür einsetzen, bisher ausreisepflichtigen Ausländern ein Bleiberecht zu geben, wenn diese bestimmte Kriterien erfüllen. Das kündigten Bürgermeister Ole von Beust (CDU) und Innensenator Nagel (parteilos) bei einer Pressekonferenz im Gästehaus des Senats an. Bedingungen für die Umwandlung der befristeten Duldungen in Aufenthaltsgenehmigungen sollen nach Vorstellung des Senats sein:

- Die Menschen müssen mindestens acht Jahre ununterbrochen in Deutschland leben. Bei Eltern von Kindern, die Schule oder Kindergarten besuchen, verkürzt sich diese Zeit auf sechs Jahre.
- Die Betroffenen müssen "sozial und wirtschaftlich integriert sein", also gut genug Deutsch sprechen können und nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein.
- Weil viele der nur mit Duldung hier lebenden Ausländer bisher nicht arbeiten dürfen, können sie ihre Familien oftmals nicht selbst ernähren. Um ihnen dies zu ermöglichen, sollen Arbeitsgenehmigungen erteilt werden. Bis Ende September 2007 sollen die Betroffenen sich Arbeit suchen können. Zwei Jahre später wird kontrolliert, ob sie ihre Familien unterhalten können. Um dies umzusetzen, müsste ein Kompromiss mit Bundesarbeitsminister Franz Müntefering gefunden werden.
- Der Betroffene darf keine Straftaten begangen haben.

Der Vorschlag deckt sich damit weitgehend mit den von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vertretenen Eckpunkten.

In Hamburg leben derzeit etwa 10 500 Ausländer, die prinzipiell ausreisepflichtig sind und lediglich im Land "geduldet" werden, weil in ihrer Heimat Bürgerkrieg herrscht, sie Asylanträge gestellt haben, erkrankt sind oder andere Gründe eine Ausreise verhindern. Viele von diesen hätten eine "gute Qualifikation", so von Beust. Es sei auch im Interesse Hamburgs, dass diese bleiben könnten, wenn sie die Bedingungen erfüllten. "Wir bieten eine offene Hand für diejenigen, die sie ergreifen können und wollen", so von Beust. Die "andere Seite der Medaille" sei, dass diejenigen, die nicht unter die Regelung fielen, das Land verlassen müssten und sonst abgeschoben würden. Freilich räumte die Innenbehörde ein, dass dies nicht immer möglich sein werde. Von Beust sprach sich auch dafür aus, qualifizierten ausländischen Studenten nach dem Studium ein Bleiberecht und die Möglichkeit zu geben, ihre Familien nachzuholen. "Wir brauchen solche Leute", so der Bürgermeister. Wenn Deutschland ihnen diese Möglichkeit nicht gebe, gingen sie in andere Länder, etwa in die USA.

Für Gelächter sorgte der Bürgermeister gegen Ende der Pressekonferenz. Als Nagel betonte: "Wer betrogen, gelogen oder Gesetze gebrochen hat, muss das Land verlassen", unterbrach ihn Beust und sagte lächelnd: "Dann müssen wir wohl alle gehen."

erschienen am 10. November 2006 Hamburger Abendblatt